

6. Kölner wirtschaftspolitischer Dialog
Die Auswirkungen der Schuldenbremse auf die
Länder- und Kommunalfinanzen

Einladung

6. Juni 2013, 12.00 – 13.30 Uhr mit anschließendem Empfang

Referenten



Gabriele C. Klug
Kämmerin der Stadt Köln



Prof. Dr. Berthold Wigger
Karlsruher Institut für
Technologie

Moderator



Axel Schrinner
Handelsblatt

6. Kölner wirtschaftspolitischer Dialog zum Thema
**Die Auswirkungen der Schuldenbremse auf die
Länder- und Kommunalfinanzen**

Das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln
und das Handelsblatt laden Sie,

herzlich ein zum 6. Kölner wirtschaftspolitischen Dialog.

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion besteht die Möglichkeit
zum Austausch bei einem kleinen Imbiss.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Eine namentliche vorherige
Anmeldung ist daher erforderlich. Anmeldung bitte online unter
www.iwp.uni-koeln.de/koelnerdialog oder
www.handelsblatt-service.com/koelnerdialog
oder telefonisch unter 0221/470 5347.

**6. Juni 2013 von 12.00 – 13.30 Uhr
mit anschließendem Empfang
an der Universität zu Köln**

Universitätsstraße 35, 50931 Köln, Gebäude 106
(Seminargebäude), Tagungsraum

Auf Vorschlag der Föderalismuskommission wurde im deutschen Grundgesetz die sogenannte Schuldenbremse verankert. Diese beschränkt die verfassungsrechtlich zulässige strukturelle Netto-

6. Kölner wirtschaftspolitischer Dialog

Die Auswirkungen der Schuldenbremse auf die Länder- und Kommunalfinanzen

kreditaufnahme des Bundes ab 2016 auf 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts und verbietet den Bundesländern ab 2020 jegliche Nettokreditaufnahme. Während einige Bundesländer sich auf diese Vorgaben bereits eingestellt haben, besteht bei anderen

noch ein erheblicher Konsolidierungsbedarf. Im Zuge der Diskussion um mögliche Einsparungen geraten dabei auch die Mittel für die Kommunen in den Blick, die einen der größten Posten in den Landeshaushalten ausmachen.

Von Vertretern der Kommunen wird zudem kritisiert, dass Bund und Länder den Kommunen zusätzliche Aufgaben auferlegen, ohne gleichzeitig eine hinreichende Finanzierung dieser Aufgaben zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund geht es beim 6. Kölner wirtschaftspolitischen Dialog darum zu diskutieren, wie Länder und Kommunen, wenn die Schuldenbremse einsetzt, ihre finanzielle Autonomie sicherstellen können.



Institut für Wirtschaftspolitik
an der Universität zu Köln

Handelsblatt